

Matthias Höhn

- (A) nichts gehört, warum dieser Beschluss nicht auch heute noch gelten sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN – Bijan Djir-Sarai [FDP]: Die Welt hat sich auch außenpolitisch ein bisschen verändert! – Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Schlimm!)

2019 wird Deutschland, wie eben gesagt wurde, im UN-Sicherheitsrat vertreten sein. Das ist übrigens auch das Jahr, in dem sich zum 80. Mal der Beginn des Zweiten Weltkrieges jährt. Ich erhoffe mir von der Bundesregierung ein klares abrüstungspolitisches Signal. Treten Sie dem AVV bei, und ziehen Sie die Atomwaffen aus Deutschland ab!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die Kollegin Katja Keul ist die nächste Rednerin für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle wissen genauso gut wie ich, dass uns derzeit eine neue nukleare Aufrüstungsspirale droht. Selbst die Koalition hat hier Anfang des Jahres schon die Sorgen um den Bestand des INF-Vertrages auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn die USA oder Russland sich aufgrund gegenseitiger Vertragsverletzungsvorwürfe von diesem Vertrag endgültig zurückziehen, dann drohen neue Mittelstreckenraketen in Europa. Gerade erst Anfang dieses Monats haben die USA erstmals ausdrücklich angekündigt, sich aus dem Vertrag zurückziehen zu wollen.

Dazu kommt die einseitige und völkerrechtswidrige Aufkündigung des Iran-Deals durch Trump, was nicht nur die Stabilität des Iran gefährdet, sondern auch eine nukleare Aufrüstung im Nahen Osten befürchten lässt. Die Hoffnung auf einen atomwaffenfreien Nahen Osten liegt seit der gescheiterten Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag 2015 auf Eis, und die nächste Überprüfungskonferenz im Jahr 2020 droht ein weiteres Mal zu scheitern, da die Atommächte keinerlei Anstalten machen, ihrer Verpflichtung aus Artikel 6 nachzukommen und konkrete Abrüstungsschritte zu vereinbaren. Im Gegenteil: Russland und die USA investieren in ihre Nuklearwaffen, und auch Deutschland ist über die nukleare Teilhabe an diesen Investitionen beteiligt.

In dieser Situation hat ICAN mit der Initiative zum Atomwaffenverbotsvertrag eine großartige Leistung vollbracht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

122 UN-Staaten haben diesen Vertrag letztes Jahr befürwortet, 53 haben unterschrieben, und 3 haben ihn sogar schon ratifiziert, darunter unter anderem Österreich.

- (C) ICAN hat zu Recht dafür den Friedensnobelpreis bekommen, und wir haben uns sehr gefreut, dass Xanthe Hall uns mit der Medaille gestern im Bundestag besucht hat und wir ihr persönlich gratulieren konnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Auch andere NATO-Staaten haben sich im Übrigen in Sachen nukleare Abrüstung wesentlich kooperativer gezeigt als die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwar noch von einer atomwaffenfreien Welt fabuliert, sich aber anders als noch 2010 jetzt wieder zur nuklearen Teilhabe bekennt. Die Niederlande haben immerhin an den Verhandlungen teilgenommen, Schweden hat für den Vertrag gestimmt, und Irland und die Schweiz haben ihn sogar unterzeichnet. Dänemark, Norwegen und Spanien haben immerhin erklärt, dass sie Atomwaffen in Friedenszeiten nicht auf ihrem Territorium stationieren. Island und Litauen erlauben eine Stationierung nicht einmal im Kriegszustand. Da ist umso trauriger, dass die Bundesregierung sich nicht an den Verhandlungen beteiligt hat, nicht einmal als Gast.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

(D) Wenn Sie in dieser Situation den Verbotsvertrag schon nicht unterschreiben wollen, dann nutzen Sie doch wenigstens Ihren diplomatischen Spielraum und begleiten Sie ihn wohlwollend, statt sich komplett zu verweigern. Er ist doch die einzige Hoffnung für den Fall eines erneuten Scheiterns der nächsten Überprüfungskonferenz. Der Verbotsvertrag gefährdet nicht den NPT-Vertrag. Im Gegenteil: Er nimmt ausdrücklich Bezug auf den NPT-Vertrag und steht ausdrücklich im Einklang mit ihm. Alle Verpflichtungen aus dem bestehenden Vertrag gelten uneingeschränkt fort. Was den NPT-Vertrag wirklich gefährdet, ist mangelnde Bereitschaft der Atommächte, ihrer Verpflichtung zur Abrüstung nachzukommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Seit 1968 versprechen die fünf offiziellen Atommächte, ihre Atomwaffen abzurüsten. Stattdessen gibt es heute vier weitere inoffizielle Atommächte, und immer noch bedrohen 15 000 Atomwaffen die Existenz der Menschheit. Wir Grüne fordern deshalb den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der nuklearen Teilhabe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir wollen die Vorhaltung von Trägersystemen wie dem Tornado beenden und auch die Investitionen in das Nachfolgemodell stoppen. Die Bundesregierung darf nicht länger die Produktion von Material für die nukleare Aufrüstung durch die Firma Urenco dulden. Wir Grüne erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich klar gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa ausspricht und dass sie sich innerhalb der NATO für die Überwindung einer Politik der nuklearen Abschreckung einsetzt. Und wir halten den weltweiten Ausstieg

Katja Keul

- (A) aus der zivilen Nutzung der Kernenergie für den einzigen Weg, die Nichtverbreitung langfristig sicherzustellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Dem hier zur Diskussion stehenden Antrag werden wir zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat das Wort die Kollegin Anita Schäfer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Anita Schäfer (Saalstadt) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird kaum jemanden hier im Parlament geben, der nicht eine atomwaffenfreie Welt wünscht. Global Zero, also eine Welt ohne nukleare Waffen, ist das erklärte Ziel der Bundesregierung. Die Basis dafür ist für die CDU/CSU-Fraktion noch immer der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag, NVV, von 1968. Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, nukleare Abrüstung und friedliche Nutzung der Nuklearenergie sind die drei Säulen, die wir im Rahmen dieses Atomwaffensperrvertrages verfolgen und weiter stärken werden. Der Kritik am Atomwaffensperrvertrag sind wir uns bewusst. Wir nehmen sie ernst und adressieren sie etwa auf der NVV-Überprüfungskonferenz.

- (B)

Vergessen darf man aber nicht, dass durch den Atomwaffensperrvertrag große Erfolge erzielt wurden. Nachdem der ehemalige US-Präsident Barack Obama in Prag seine Vision einer atomwaffenfreien Welt verkündet hatte, ist die Zahl der Atomsprengköpfe zwischen 2009 und 2015 weltweit von 23 300 auf 15 850 gesunken. Während des Kalten Krieges lag diese Zahl zuweilen bei 70 000. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, auch 15 850 Atomsprengköpfe sind immer noch zu viele. Das ist aber kein Grund, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, der den bestehenden Atomwaffensperrvertrag konterkarieren würde,

(Widerspruch bei der LINKEN)

so wie es die Fraktion Die Linke in ihrem Antrag fordert.

(Zuruf von der LINKEN: Quatsch!)

Ein weiterer Punkt, dem CDU und CSU keineswegs zustimmen können, ist die ablehnende Haltung gegenüber dem Bündnis mit den USA und der NATO, die in dem Antrag zum Ausdruck kommt. Die NATO hat als solidarische Gemeinschaft auch in schwierigsten Zeiten die Sicherheit der Bundesrepublik garantiert. Nukleare Teilhabe und Abschreckung sind Teil der NATO-Strategie, welche die Sicherheit Europas gewährleistet.

Daraus ergibt sich ein Konflikt, nämlich der zwischen dem Wunsch nach einer atomwaffenfreien Welt und dem Wunsch nach Sicherheit. Auflösen lässt sich dieses Span-

nungsverhältnis nur durch gegenseitiges Vertrauen. Bedauerlicherweise ist dieses so wichtige Vertrauen in den vergangenen Jahren dramatisch erodiert. (C)

Wir erleben mit Russland und der Volksrepublik China zwei Atommächte, die einer immer gewaltsameren Politik folgen, nach außen und nach innen. Chinas gewaltsames Expansionsstreben im Südchinesischen Meer, die Annexion der Krim durch Russland, besonders aber Moskaus Involvierung in den Kaukasus-Krieg in Georgien 2008 und den Krieg in der Ostukraine sind Beispiele für das Vorgehen dieser beiden Staaten gegen Schwächere. Hinzu kommen hybride Kriegsführung gegen westliche Staaten, Attentate, Manipulationen von Wahlen, die Finanzierung extremistischer Parteien und mehr. All diese Entwicklungen ignoriert der vorliegende Antrag. Auf welcher Basis könnten wir allen Ernstes das Vertrauen für eine erneute, tiefere Kooperation im Bereich Abrüstung finden?

Vor diesem Hintergrund hätte ich mich gefreut, wenn die Fraktion Die Linke in ihrem Antrag nicht vollkommen einseitig auf die Vereinigten Staaten von Amerika und die NATO abgehoben hätte. Aber sich kritisch mit Russland auseinanderzusetzen, wäre wohl zu viel verlangt.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich wiederhole: Ja, auch wir wollen, ebenso wie die USA, langfristig eine atomwaffenfreie Welt. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist aber nicht der richtige Weg dorthin. Daher lehnen CDU und CSU den Antrag der Fraktion Die Linke ab. (D)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
sowie des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt: der Kollege Thomas Erndl.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Erndl (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns in regelmäßigen Abständen hier mit der Frage des Beitritts zum Atomwaffenverbotsvertrag. Eine atomwaffenfreie Welt ist zweifelsohne ein wichtiges Anliegen. Und wer würde sich nicht eine Welt ohne Atomwaffen wünschen?

In dieser Frage gibt es – wir haben es gehört – keinen Mangel an Verträgen, keinen Mangel an Papier, sondern das Problem ist vielleicht eher, dass es auch keinen Mangel an Staaten gibt, die sich nicht an die eine oder andere Vereinbarung halten. Ich glaube, es muss aber auch einmal festgestellt werden, dass bestehende Mechanismen dafür gesorgt haben, dass wir seit 1990 97 Prozent der Atomwaffen in Europa abgebaut haben.

Im Koalitionsvertrag haben wir Rüstungskontrolle und Abrüstung als prioritäre Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik besonders hervorgehoben. Doch der